

Vorstand:

Dr.ⁱⁿ Uschi Baaken,
Universität Bielefeld
Birgit Fritzen, Hochschule für Musik, Theater,
Medien Hannover
Dr.ⁱⁿ Sybille Jung,
Universität des Saarlandes
Anneliese Niehoff,
Universität Bremen
Christina Wolff, Universität Potsdam

bukof-Geschäftsstelle:

Canan Denli und Kristina Bode
Goßlerstraße 2-4
14195 Berlin, 030/838-59210
geschaeftsstelle@bukof.de
www.bukof.de

15.11.2021

Geschlechtergerechtigkeit an Hochschulen im Koalitionsvertrag stärken

Liebe Medienschaffenden,

die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof) ist die geschlechterpolitische Stimme im wissenschafts- und hochschulpolitischen Diskurs. In der bukof sind alle verbunden, die Struktur und Kultur von Hochschulen in Deutschland geschlechtergerecht gestalten.

Hochschulen nehmen die große Aufgabe an, Benachteiligung und Diskriminierung abzubauen. Sie wollen vielfältige Köpfe für Forschung und Lehre gewinnen. Voraussetzung dafür ist, dass Geschlechter- und Diversitätspolitik in ihrer jeweiligen Bedeutung für gleichen Zugang, gleiche Teilhabe und Förderung angemessen berücksichtigt und mit Ressourcen ausgestattet werden. Die Qualität in Forschung und Lehre hängt von einer konsequent geschlechtergerechten Gestaltung der Hochschulen und der Wissenschaft ab.

Die ersten Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen zu den Koalitionsverhandlungen liegen vor. Die Grundlagen für eine politische Neugestaltung werden damit beschlossen. Diese Neugestaltung ist eine Chance, Geschlechtergerechtigkeit in Hochschule und Wissenschaft zu stärken. Gerne möchten wir Ihnen hierzu die gebündelte Expertise der bukof anbieten und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Unsere Standpunkte für eine geschlechtergerechte Hochschulpolitik

Im März 2021 haben wir unsere „[Standpunkte für eine geschlechtergerechte Hochschulpolitik](#)“ veröffentlicht, in denen wir 18 Positionen, Perspektiven und Handlungsfelder für den notwendigen politischen Diskurs und eine starke und wirkungsvolle Gleichstellungsarbeit auf Bundes-, Landes- und Hochschulebene

darlegen. Wir zeigen Status, Veränderungsbedarfe und Forderungen auf, um Hochschulen zu geschlechter- und chancengerechten Orten für alle Statusgruppen zu machen.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen jetzt von der zukünftigen Regierung die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, deshalb empfehlen wir unter anderem:

Programmlinien für Geschlechterpolitik und Geschlechterforschung

Das erfolgreiche Bund-Länder-Professorinnenprogramm mit seinen verschiedenen Komponenten (Gleichstellungskonzept, Berufung von Professorinnen, gleichstellungsfördernde Maßnahmen) soll fortgesetzt werden. Ein finanzieller Aufwuchs trägt der zentralen Bedeutung des Programms Rechnung.

Für eine zukunftsfähige innovative Gesellschaft benötigen wir eine starke Geschlechter- und Diversitätsforschung. Hierfür werden entsprechende Förderprogramme aufgelegt. Gleichstellung wird Standard.

Digitalisierung gerecht gestalten

Ressourcen und inhaltlicher Einfluss bei der Digitalisierung von Forschung, Lehre, Studium und Verwaltung müssen neu verhandelt, gerecht verteilt und Gleichstellungsstandards in den neuen Prozessen verankert werden. Alle Förderprogramme des Bundes machen geschlechtergerechte Qualitätsstandards zum Förderkriterium – beim Personal ebenso wie bei der Berücksichtigung von Geschlechteraspekten in der Forschung. Dies gilt insbesondere auch für Fördervorhaben in den Zukunftsthemen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz.

Care aber fair – Sorgearbeit ist Gemeinschaftsaufgabe

Menschen mit Care-Aufgaben soll der Zugang zu Aus- und Weiterbildungen erleichtert werden. Bei zeitlich begrenzten Arbeits- und Förderverhältnissen bedarf es entsprechender Verlängerungsmöglichkeiten. Dies ist eine Aufgabe, die von allen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam zu lösen ist.

Gleiche Leistung gleich bewerten – Gerechte Arbeitsbedingungen, zeitgemäße Arbeitszeitmodelle

Gleichwertige Leistung muss künftig gleich viel wert sein. Wir fordern Entgeltgerechtigkeit in allen Statusgruppen. An Hochschulen sollten Entgelte, Besoldung und auch Zulagen durch ein Gender-Controling endlich transparent gemacht und in den Fokus genommen werden.

Gegen Sexualisierte Diskriminierung und Gewalt – Für eine Kultur des Respekts

Der Bund eruiert geeignete politische Rahmenbedingungen und Förderungen, um Hochschulen bei einem professionellen Umgang mit sexualisierter Diskriminierung und Gewalt zu unterstützen. Ein solcher Umgang muss obligatorischer Bestandteil der Führungs- und Betreuungskompetenz in Verwaltung, Lehre und Forschung sein. Der Geltungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wird um die Gruppe der Studierenden erweitert.

Die politischen Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, sind richtungsweisend für die Zukunft von Hochschulen und Wissenschaft. Mit unseren Standpunkten zeigen wir auf, wie eine neue Regierung Hochschulen und Wissenschaft geschlechtergerecht gestalten kann.

Wir möchten Sie dazu einladen, sich mit unseren Perspektiven auseinanderzusetzen und mit uns in den Dialog zu treten. Gerne stehen wir für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Uschi Baaken



Birgit Fritzen



Sybille Jung



Anneliese Niehoff



Christina Wolff